

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 65 (1986)
Heft: 7-8

Artikel: SPS-Parteitag 1986 in Lausanne : Arbeit und Umwelt. Teil II, Ohne Gewerkschaften geht nichts
Autor: Brunner, Christine
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340384>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Schweiz sollte sich dabei besonders auch auf Länder in der Dritten Welt konzentrieren, die auf dem Weg zu einer demokratischen Gesellschaft sind. Wir wissen, dass die entsetzliche Armut in den Entwicklungsländern und der auch hier oft ungerecht verteilte Reichtum die Quelle gefährlicher Konflikte sind, die den Weltfrieden ständig und zunehmend gefährden. Hinzu kommt die rasante Aufrüstung in West und Ost, aber auch in vielen Entwicklungsländern, die dadurch noch mehr ins Hintertreffen geraten. Hier muss unser Land auch weiterhin mithelfen und tatkräftig unterstützen, was die Entwicklungsländer wirtschaftlich und politisch unabhängig macht.

Mir scheint, dass wir solche Fragenkomplexe auch berücksichtigen müssen. Gewiss ist auch, dass wir diese Thematik zu politischen Vorschlägen verdichten müssen, hinter die sich eine Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger stellen können.

Der politische Dialog, ich übersehe das nicht, ist schwieriger geworden. Auch das Regieren in unserem Land stösst mehr und mehr auf Schwierigkeiten. Die Kräfte des Beharrens auf alten, lieb gewordenen Gewohnheiten, die natürlich oft auch mit Privilegien verbunden sind, sind eher

stärker geworden. Wir müssen leider feststellen, dass die fortschrittlichen Kräfte die Phantasie allein aufbringen müssen, damit diese mehrheitsfähigen Vorschläge entstehen. Sie müssen dafür sorgen, dass Wege aus dem Umweltdilemma gefunden werden. Die Gestaltungsfähigkeit des konservativen Lagers fehlt. Wie sonst wäre es zu erklären, dass die Bürgerlichen im Parlament heute die Fehler von gestern in der Finanzpolitik wiederholen? Schon in den sechziger Jahren weigerten sie sich beharrlich, aus einer relativ komfortablen Finanzlage des Bundes das Beste zu machen: nämlich die Einnahmen langfristig zu konsolidieren und die Gestaltungskraft der Politik zu erhalten. Zwangsläufig kam dann in den siebziger Jahren die Stunde der Wahrheit, nämlich des Sparens an allen Ecken und Enden. Und jetzt, wo endlich wieder die Defizite aus einer günstigen Konjunkturlage heraus momentan zurückgehen, werden zwar allerhand Vergünstigungen verlangt und Begehren gestellt, die den Bund aber Milliarden kosten. Niemand aus diesen konservativen Kreisen ist auch bereit, dem Bund die Mittel dazu zur Verfügung zu stellen. Das ist dasselbe Rezept wie jenes von vorgestern, nur mit dem haarkleinen Unterschied, dass man aus der Vergangenheit offen-

sichtlich auch jetzt nichts lernen will, obwohl es dabei nicht nur um eine Erhöhung der Steuerquote geht.

Die konservative Welle, die uns in den letzten Jahren überrollt hat, sollte uns, die demokratische Linke in diesem Land, einigen. Damit wir sozialdemokratische Antworten auf die Probleme finden, die ich skizziert habe, brauchen wir die Solidarität und die Einheit aller fortschrittlichen Kräfte in diesem Land. Wir müssen uns der weitreichenden Bedeutung dieser Probleme bewusst werden. Lasst uns deshalb die Energien, den Sachverstand, die Kompetenz, die in unserer Partei und bei unseren Wählern vorhanden sind, freimachen. Vergessen wir nicht, dass wir in einer Demokratie leben. Hier entscheidet letztlich das Volk. Hier wählt auch das Volk – oder doch jener Teil der sich der Verantwortung bewusst ist und zur Urne geht.

Wir müssen und können dafür sorgen, dass unsere Reihen wieder stark werden und geschlossen sind, damit wir unsere Politik wieder vermehrt auch durchsetzen können. Überlassen wir die Querelen und Rivalitäten unseren politischen Gegnern. Konzentrieren wir uns auf die Lösung der Zukunftsaufgaben. Denn wir können und müssen die Zukunft gewinnen.

SPS-Parteitag 1986 in Lausanne: Arbeit und Umwelt II

Ohne Gewerkschaften geht nichts

Von Christiane Brunner, Präsidentin des VPOD

Man kann blättern, so lang man will, in den inzwischen historisch gewordenen Parteiprogrammen «Plan der Arbeit» von 1935 und «Die neue Schweiz» von 1942, man wird das Wort

«Umwelt» kaum finden. Ja, nicht einmal für die Verfasser des «Winterthurer Programms» von 1959 war die Umwelt ein Thema. War vielleicht damals die Umwelt und ihre Zerstörung

noch gar kein Problem? Oder war sie ein Problem, aber nicht bei uns? Denkt an Gegenden, wie das Ruhrgebiet, wie Lothringen, Wallonien oder an Städte wie Manchester oder Birming-

ham usw., deren stickig- stinkige, ja geradezu mörderische Arbeiterviertel ein Friedrich Engels schon 100 Jahre zuvor mit packendem Realismus beschrieben hatte.

Im Genfer «Grottes»-Quartier, im Luzerner «Untergrund», in der Berner «Matte» mag es in den 30er und 40er-Jahren unseres Jahrhunderts schon wesentlich besser ausgesehen haben – eine lebenswerte Umwelt waren die Viertel noch keineswegs. Aber die Verfasser von Parteiprogrammen waren längst in wohllichere Gegenden umgezogen, die ihnen keinen Stoff für Auslassungen über die Umwelt lieferten.

Solange ein unkontrolliertes, rein gewinnorientiertes Wirtschaftswachstum vor allem auf Kosten der ärmsten, am rücksichtslosesten ausgebeuteten Schichten ging, konnte sich ein Umweltbewusstsein kaum entwickeln. Der Pauperismus musste zur Randerscheinung, ein gewisser Wohlstand zur Regel werden, damit eine Mehrheit endlich umweltbewusster wurde. Gemeint sind wir, eine Mehrheit von mehr oder weniger Privilegierten. Erst als um das individuelle Überleben nicht mehr Tag um Tag hart gekämpft werden musste, konnte das kollektive Überleben und das ökologische Gleichgewicht, das es voraussetzt, zu einem prioritären Programmpunkt auf-rücken.

Grün sein genügt nicht

Diese Bemerkungen über die Entstehung des Umweltbewusstseins stellen die Grundziele unserer Partei nicht in Frage. Es war nur höchste Zeit, dass wir auch die allgemeine Lebensqualität als einen der Schwerpunkte in unser Programm aufnehmen. Dabei kann ich die Analyse einer bekannten welschen Wochen-

zeitung nicht bestätigen, wonach es in dieser Frage wesentliche Meinungsverschiedenheiten zwischen welschen und Deutschschweizer Sozialisten geben soll. Wenn ich mir erlaube, daran zu erinnern, dass Leute, die in der grössten materiellen Not dahinvegetieren eben täglich um das Überleben kämpfen und an die Umwelt kaum Gedanken verschwenden können, so richtet sich dies gegen die «Nur Grünen», deren einziger Programmpunkt die Umwelt und ihre Erhaltung betrifft. Sie postulieren den Rückschritt, die Verarmung der Schweiz und der angeblich «postindustriellen» Gesellschaften. Sie selbst aber haben nichts zu befürchten. Sie sind nicht das Sprachrohr jener, die unter der Durchlöcherung des sozialen Netzes oder unter vermehrter Arbeitslosigkeit zu leiden hätten, noch vertreten sie deren Interessen. Sie gehören zur Klasse der Wohlbestellten, die auch noch aus einem Rückgang der Wirtschaftstätigkeit Profit zu ziehen wüssten. Überdies beruht der Erfolg ihrer Thesen, beruhen ihre Wahlerfolge fast ausschliesslich auf Angstmacherei. Angstmacherei aber ist ein mieser Programmpunkt – gleichviel, ob dabei die Furcht vor einem vernünftigen Wachstum geschürt wird, oder die Angst davor, dass morgen das Geld für die Ausrichtung der AHV-Renten nicht mehr vorhanden sein könnte. Parteien, die sich sozusagen von verbreiteten Ängsten «nähren», appellieren bewusst an die Instinkte des Beharrens, des Konservatismus, an etwas, was im Effekt viel gefährlicher ist als die Übel, die sie zu bekämpfen vorgeben. Die Umweltschützer der grünen Parteien haben inzwischen gar ein – gelinde gesagt – ungewöhnliches Mittel ersonnen, um dem Problem der angeblich unerträglich hohen Zahl der Asylgesuche beizukommen. Sie wollen den «Wohlstand» zurück-

schrauben, damit unser Land für Flüchtlinge aus der dritten Welt weniger attraktiv erscheint. Ich habe nie davon gehört, dass die USA aufgehört hätten, für viele Bewohner Lateinamerikas ein Ziel der Hoffnung zu sein, weil die Armenghettos «dank» der Politik Reagans, grösser, zahlreicher und düsterer geworden sind.

Die Not in der dritten Welt, die internationale Schuldenkrise und die immer weiter klaffende Schere zwischen den Preisen der Roh- und Hilfsstoffe einerseits und jenen der Industrieerzeugnisse andererseits bedeuten zweifellos eine schwere Gefährdung unserer künftigen Wohlfahrt. Soweit die Schweiz genauer – das mächtigste schweizerische Kapital etwas zur Entschärfung dieser Zeitbombe beitragen kann, müssen wir dies mit Nachdruck fordern. Aber jedenfalls kann der Beitrag unseres Landes nicht in einem Abbau des inneren Marktes, in einer Schlechterstellung der schon ohnedies weniger Privilegierten bei uns bestehen!

Nachdem ich diese Lanze gegen die Nur-Umweltschützer – ich nenne sie Konservative – geritten habe, kann ich erleichtert auf die eingangs erwähnten Parteiprogramme, auf den «Plan der Arbeit» und «Die neue Schweiz» zurückkommen. Sie sind unter dem Eindruck der grossen Krise der Dreissiger Jahre und der Massenarbeitslosigkeit entstanden. Das Hauptziel, das damit angestrebt wurde, war daher ganz natürlicherweise die «Vollbeschäftigung». «Vollbeschäftigung» meinte aber damals eine zumutbare Ganztags-Arbeit zu einem einigermaßen auskömmlichen Lohn für alle Männer.

Was heisst Vollbeschäftigung

Beschäftigung für alle bleibt unsere Hauptforderung, muss es bleiben auch wenn wir heute un-

ter Vollbeschäftigung etwas anderes verstehen. Dass Rollenverständnis in der Familie hat sich gewandelt und mit ihm der Arbeitsmarkt. Unter «Vollbeschäftigung» verstehen wir heute das Recht für alle (Männer und Frauen) eine Berufstätigkeit ausüben zu können, nicht aber, sie ein Leben lang ausüben zu müssen.

Es ist unabdingbar und wird immer dringender, die noch nicht wegrationalisierte Arbeit vernünftiger, gerechter und zweckentsprechender zu verteilen. Dabei dürfen weder die Frauen, noch die Jungen, noch die älteren Arbeitskräfte ausgeschlossen werden. *Wir wollen keine Gesellschaft, in welcher die einen ein Monopol auf Arbeit besitzen und die anderen zum Müssiggang gezwungen werden.* Unter den gegebenen Verhältnissen ist die Verkürzung der Arbeitszeit das einzige Mittel, um die Arbeit so zu verteilen, dass nicht ganze Gruppen davon ausgeschlossen bleiben. Man kann der Ansicht sein, es sei in erster Linie die Aufgabe der Gewerkschaften, die Arbeitszeitverkürzung durch Gesamtarbeitsverträge nach und nach zu erzwingen. Aber die Arbeitszeitverkürzung ist gleichzeitig ein eminent politisches Ziel. Die Initiative des Gewerkschaftsbundes für die Einführung der Vierzigstundenwoche mag manchen von Euch allzu bescheiden erscheinen. Doch die effektive Durchschnittsarbeitszeit beträgt in der Schweiz gute 43 Stunden pro Woche, und die Gesetze sehen je nach dem 45 oder gar 50 Wochenstunden vor. Und dies hat einen grossen, verhängnisvollen Einfluss auf die Bewilligungspraxis für Überstunden.

Ist Euch bewusst, dass Arbeiterinnen und Arbeiter bei einer vertraglich auf – sagen wir – 42 Stunden festgesetzte Wochenarbeitszeit häufig 10 oder 20 Prozent zusätzlich in Form von

Überzeitarbeit leisten? Für viele Unternehmen ist die Jahresarbeitszeit bereits zu einem Begriff geworden. Aber damit ist nicht eine vertraglich festgesetzte jährliche Höchstarbeitszeit gemeint. Vielmehr wird je nachdem, wie voll die Bestellbücher sind, auf die vertraglich vereinbarte Zeit Überzeit aufgestockt. Wir brauchen bloss die von der Suva ausgerichteten Unfalltagelder etwas unter die Lupe zu nehmen, um zu erkennen, wie verbreitet diese Praxis ist.

Es lohnt sich für die ganze Linke, die Diskussion um die Vierzigstundenwoche zu führen, da sie uns zwingt, das Problem der Arbeitszeit generell zur Debatte zu stellen. Und die Initiative ist unseren ganzen Einsatz wert. Denn, wenn wir sie durchbringen, haben wir eine Schlacht gewonnen, einen wichtigen Meilenstein auf dem Weg zu einer besseren Verteilung der Arbeit hinter uns gelassen.

Nicht sein ganzes Leben der Berufsarbeit widmen zu müssen, bedeutet auch, die Arbeitszeit nach den – sich wandelnden – persönlichen Bedürfnissen gestalten zu können, allmählich, «sanfter» in das Berufsleben einzusteigen und sich daraus wieder zurückzuziehen. Heute beginnt das Berufsleben für die Jungen fast schockartig, brutal, und ebenso endet es für die Älteren. Nach der Schule oder dem Studium wird den Jungen plötzlich ein voller Arbeitstag, ein volles Arbeitsjahr abverlangt und mit 62 oder 65 Jahren fällt ebenso plötzlich und übergangslos das Fallbeil der Pensionierung herunter. Auch eine wesentliche generelle Verkürzung der Arbeitszeit machen da geschmeidigere Lösungen nicht überflüssig, sowohl um die Arbeit besser zu verteilen, wie mit Rücksicht auf die unterschiedlichen Bedürfnisse in den unterschiedlichen Lebensstadien und -situationen jedes Einzelnen. Dabei ist es selbstverständlich, dass

der Sozialschutz für Teilzeitarbeitende jeder Art genau so gesichert sein muss, wie für diejenigen, die vollzeitleich im Berufsleben stehen.

Der innere Umweltschutz

Parallel zur Verkürzung der Lebensarbeitszeit müssen neue Arbeitsplätze geschaffen werden, und zwar Arbeitsplätze, die mit den Erfordernissen des Umweltschutzes vereinbar sind. Ich bin selbst nicht Volkswirtschaftlerin. Daher überlasse ich es jenen in unserer Partei, die sich gleichzeitig in Ökonomie und Ökologie auskennen, immer wieder zu betonen, dass mit Umweltschutz- und Energiespar-Massnahmen sehr wohl neue Arbeitsplätze geschaffen werden können. Sie haben dies schon überzeugend nachgewiesen, und ich kann ihnen nur beipflichten. Ich möchte aber beifügen, dass es für die Arbeitenden durchaus nicht gleichgültig ist, ob sie Produkte herstellen, Dienste erbringen, die einem wirklichen Bedürfnis entsprechen, oder ob sie in eine Produktion umd der Produktion willen eingespannt sind, für deren Erzeugnisse und Leistungen ein Bedürfnis erst künstlich geschaffen werden muss und die nichts zu einer besseren Lebensqualität beitragen. In unserer Beschäftigungspolitik ist sowohl einem äusseren, wie einem inneren Umweltschutz Rechnung zu tragen. Erzeugnisse und Dienstleistungen sollen der Umwelt nicht schaden, das ökologische Gleichgewicht so wenig wie möglich stören. Aber Arbeitsplätze und Produktionsabläufe müssen auch humangerecht sein, müssen den Arbeitenden und ihrer menschlichen Umwelt entsprechen. Wie kann man erwarten, dass die Arbeitenden nicht vereinzelt, sondern gemeinsam gegen die Schäden revoltieren, die ihre eigene Arbeit verursacht, wenn am Arbeitsplatz selbst Ge-

sundheit und Wohlbefinden des Menschen viel weniger zählen als der Produktionsausstoss und unvergleichlich weniger als die Rentabilität?!

Trotz Gorz und den Seinen gibt es nämlich immer noch Menschen, die nichts zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft. Das haben wir vor lauter Debatten um Arbeit und Umwelt schon fast vergessen. Ob diese Menschen an der Werkbank stehen oder in einem Grossraumbüro unter der ständigen Aufsicht durch den «grossen Bruder» arbeiten, ob sie sich in einem topsterilen Atelier mit der Herstellung von Mikroprozessoren abmühen, spielt dabei eine untergeordnete Rolle. Werkstätten und Bauplätze werden modernisiert, Büros und Verwaltungen proletarisiert. In der Tendenz gleichen sich die Probleme und Besorgnisse der Arbeitenden mit blauem und weissem Kragen an – in absehbarer Zeit bis zur Kenntlichkeit. Wer hätte, um nur ein Beispiel zu nennen, noch vor wenigen Jahren voraussagen gewagt, dass die stolzen Uhrmacher von gestern sich in die heutigen Hilfsarbeiter der Mikroelektronik verwandeln könnten?

Lebensqualität und Arbeitsplatzqualität

Es darf keine Diskussion über die Leistungsqualität geben, bei der die Qualität der Arbeitsplätze, des täglichen beruflichen Tuns nicht im Vordergrund stünde – wir müssen uns das gesagt sein lassen. Allzuvielen suchen ihr Wohlbefinden ausschliesslich jenseits, ausserhalb der Arbeitswelt. Sie verkriechen sich in ihr privates oder familiäres Schneckenhaus. Sie vergessen die gegenseitige Abhängigkeit, die gegenseitige Unterstützung, die sie im Arbeitstag erfahren, sobald sie von ihrem Werkplatz «ins Freie» treten. Wäre die Arbeitswelt der Ort, an

dem man sich im Kollektiv wohlfühlt, wo man mit Stolz gemeinsam Nützliches schafft, so würde sich dies auch auf das Privatleben auswirken – Nachbarschaftshilfe, die kollektive Organisation eines «heimatlichen» Quartierlebens wären dann mehr als Einzelercheinungen oder gar blosses Postulate. Vermehrte Freizeit dank kürzerer Arbeitszeiten böte den Arbeitenden die Möglichkeit, ihr Interesse, ihre Verfügbarkeit, ihr Wissen und Können für die Lösung gemeinschaftlicher Aufgaben, für die Organisation eines echten Gemeinschaftslebens einzusetzen und zu entwickeln. Wie steht es heute? In den Büros, auf den Bauplätzen, in den Werkstätten bezahlen die Arbeitenden den technischen Fortschritt noch immer mit ihrer Gesundheit. Die neuen Produktionsmittel sind teuer; es muss daher schneller gearbeitet werden. Die Maschinen müssen 24 Stunden im Tag, sieben Tage pro Woche laufen, damit das investierte Kapital rentiert. Dabei könnten und müssen die neuen Technologien ein Mittel sein, um die Arbeit im Hinblick auf die Bedürfnisse der Arbeitenden zu organisieren. Die Rücksicht auf die Gesundheit der sie Handhabenden müsste höchste Priorität beanspruchen können. Und die Weiterentwicklung der Arbeitsmedizin sollte mindestens im Gleichschritt gehen mit dem «Vormarsch» unserer technologischen Gesellschaft. Bald wird kein noch so kleines Strassenstück mehr gebaut werden können ohne Umweltverträglichkeits-Prüfung und ohne Einspruchsrecht der Anstösser. Und das ist gut so – aber! Ich war verblüfft, als ich sah, wie man an den Arbeitsplätzen neue Maschinen installiert. Die Arbeiterinnen und Arbeiter müssen plötzlich vollständig neue Produktionsmethoden anwenden, die entsprechenden Anleitungen Punkt für Punkt genauestens

befolgen, ohne zu wissen, wieso, ohne dass sich jemand die Mühe nähme, ihnen irgendetwas zu erklären. Sie arbeiten oft auch mit neuen, offensichtlich giftigen Stoffen, ohne zu wissen, was diese für ihre Gesundheit genau bedeuten könnten. Und wenn eine Produktionsstrasse einmal gut installiert ist, wird Schichtarbeit geleistet – von den Frauen am Tag, von den Männern nachts.

Von Mitbestimmung keine Rede

Gewiss, in den meisten Fällen wurde die Arbeiterkommission orientiert. Aber die betroffenen Arbeiterinnen und Arbeiter selbst konnten sich zu den neuen Anordnungen, Methoden und Produkten nicht äussern. – Von Mitbestimmung keine Rede! – Dabei ist es für menschlich verantwortbare Änderungen im Arbeitsablauf unabdingbar, dass sie zusammen mit den Betroffenen vorgenommen werden. Diese müssten mindestens die Gelegenheit erhalten, ein Vorgehen vorzuschlagen, das ihrem Wohlbefinden und ihrer Entfaltungsmöglichkeit Rechnung trägt.

Wir sind in unserem Lande meilenweit von einer Wirtschaftsdemokratie entfernt. Den in gut strukturierten Wirtschaftszweigen mit hohem gewerkschaftlichen Organisationsgrad Arbeitenden wird gerade noch ein Recht auf Information zugebilligt. Ein wirkliches Mitspracherecht, gar ein Mitbestimmungsrecht besteht nirgends. Durch die Einführung neuer Technologien stellt sich dieses Problem erneut mit aller Schärfe. Es ist ein politisches Problem. Doch für eine Politik der Mitbestimmung ist unser Land noch immer ein Holzboden.

Alle Arbeitsabläufe, alle Wirtschaftszweige sind jetzt oder künftig unweigerlich mit den neuen Technologien konfrontiert. Wir sollten dafür offen

sein und versuchen, daraus für die Gesamtheit der Arbeitenden den grösstmöglichen Nutzen zu ziehen. Wir müssen eine enge Verbindung zwischen der technischen Evolution und unseren Forderungen herstellen und weiterentwickeln.

Wir sind also offen für neue Technologien – aber wir fordern gleichzeitig die weitere Verbesserung der Arbeitsmedizin, die Mitbeteiligung, die Mitbestimmung der betroffenen Arbeiterinnen und Arbeiter und ihrer gewerkschaftlichen Vertretung. Abstumpfende, extrem verfremdende Arbeiten müssen verschwinden und dürfen nicht

anderswo wieder neu entstehen. Allen Menschen ist Arbeit zu sichern die ihren physischen und psychischen Bedürfnissen entspricht.

Bei der Gestaltung der Arbeitsplätze gebührt dem Umweltschutz, der innern und dem äussern höchste Beachtung, und neue Arbeitsplätze sind zu schaffen, die dieser Maxime Rechnung tragen. Das eine ist vom andern nicht zu trennen, denn die Umwelt ist kein abstrakt-absoluter Wert an sich – sie ist die Umwelt der Menschen, die darin leben. Sie soll ihnen auch in Zukunft ein menschengerechtes Leben ermöglichen.

Genossinnen und Genossen:

Als Präsidentin eines der grossen Verbände innerhalb des Gewerkschaftsbundes und als auf Arbeitsrecht und Sozialversicherung spezialisierte Juristin gehöre ich wohl im doppelten Sinn zu jenem Parteiflügel, den Genosse Strahm in seinem neuesten farbig-phantasievoll betitelten Buch als «traditionalistisch» bezeichnet. Im fahrenden Zug, an welchem die Räder zu wechseln sind, sehe ich mich im Tender, im Versorgungswagen. *Denn ohne Gewerkschaften und ohne Sozialversicherung bliebe unser Zug einfach stehen – und da würden auch neue Räder nichts nützen.*

SPS-Parteitag 1986 in Lausanne: Arbeit und Umwelt III

Resultate der Diskussionen

Zusammengestellt von Stefan Portmann und Annelis Bernhard

Der Parteitag vom 21./22. Juni stand unter dem Thema «Arbeit und Umwelt». Nach den einleitenden Referaten wurden fünf verschiedene Themen in Arbeitsgruppen diskutiert:

1. Computer Chance oder Gefahr
2. Soziale Sicherheit
3. Freizeit
4. Nahrung und Nutzung
5. Die Schweiz – eine GmbH?

Es soll hier nicht eine umfassende Darstellung der mit dem Thema Arbeit und Umwelt verbundenen Problem erfolgen. Es werden vielmehr die Resultate der Diskussionsgruppen, die auf Grund der vorbereiteten Thesen erarbeitet wurden, aufgelistet. Weiter soll deutlich gemacht werden, wie es zu diesem Parteitagsthema kam und wie diese Fragen weiter behandelt werden sollen.

Zur Ausgangslage

Die folgenden Überlegungen, Probleme und Entwicklungen haben dazu geführt, dass sich der diesjährige Parteitag mit dem Thema «Arbeit und Umwelt» befasste:

1. Neue Techniken rationalisieren Arbeitsplätze weg.
2. Die Ressourcen der Natur sind nicht unerschöpflich.
3. Industrie und Konsum zerstören unsere Umwelt und uns selbst.
4. Waldsterben – Gewässerverschmutzung – Nahrungsmittelvergiftung bedrohen unsere Umwelt
5. Neue Technologien entwickeln sich rasch und sind unüberschaubar in ihren Folgen.
6. Unsere ideellen Ziele: Befreiung, Selbstentfaltung und Selbstbestimmung aller Menschen sind nicht erreicht.

7. Die Ausbeutung der dritten Welt bereitet uns Sorge.

8. Der Angriff auf die Sozialversicherungen muss abgewehrt werden.

9. Wir wissen, dass wir ein Gesamtkonzept für die neuen Probleme haben müssen.

10. In der Romandie und beim Gewerkschaftsbund stehen die Probleme Arbeitslosigkeit und Kündigungsschutz im Vordergrund, in der deutschen Schweiz die Umweltproblematik.

Dies war die Ausgangslage «Arbeit und Umwelt» zum Parteitagsthema zu machen. Rosalie Roggen wurde beauftragt ein erstes Perspektivenpapier zu erstellen. Daraus entstanden Schwerpunkte, zu denen Thesenpapiere erarbeitet wurden (Vergl. Antrags- und Informationsheft Parteitag 86). Die Thesenpapiere wurden den Sektionen zugestellt. Am Parteitag